

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Hafenecker, MA
und weiterer Abgeordneter

betreffend **Sofortentlastung: Nein zu ORF-Zwangssteuer und CO2-Strafsteuer!**

eingebraucht im Zuge der Debatte zum dringlichen Antrag der Abgeordneten Dr.ⁱⁿ Pamela Rendi-Wagner, MSc, Genossinnen und Genossen betreffend Totalversagen der Bundesregierung im Kampf gegen die Teuerung!

Nein zur ORF-Zwangssteuer

Am 3. Mai 2023, dem internationalen Tag der Pressefreiheit, wandten sich die Verleger der VÖZ-Mitgliedsmedien aus Sorge mit einem offenen Brief¹ an die Bundesregierung und die Nationalratsabgeordneten:

*Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Nehammer,
sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,
sehr geehrte Nationalratsabgeordnete!*

Zeitungen und Magazine – gedruckt wie digital – sind ein unverzichtbarer Bestandteil liberaler Demokratien.

Ihre Vielfalt garantiert Meinungsvielfalt.

Diese ermöglicht Österreichs Bürgerinnen und Bürgern den selbstbestimmten Zugang zu geprüften Fakten. Die Integrität und Kompetenz ihrer Redakteurinnen und Redakteure helfen, komplexe Sachverhalte auf dem Grund gesicherter, wohlrecherchierter und gewissenhaft überprüfter Tatsachen einzuordnen.

Nur auf diesem Boden ist Meinungsbildung und Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft möglich.

Ohne Medienvielfalt gibt es keine Wahlfreiheit. Und ohne Wahlfreiheit keine liberale Demokratie.

Mit der geplanten Novelle zum ORF-Gesetz erhält das größte Medienunternehmen Österreichs, der ORF, zusätzliche öffentliche Geldmittel sowie erheblich mehr Möglichkeiten, seine Aktivitäten und Angebote im digitalen Raum auszuweiten.

Das ist gut für den ORF. Und schlecht für die Medienvielfalt.

Mit mindestens 710 Millionen Euro, die der ORF von den Gebührenzahlerinnen und -zahlern erhält, tritt der ORF nun verstärkt in Konkurrenz zu den privaten journalistischen Medien.

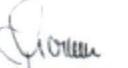
¹ <https://voez.at/news/2023/offener-brief-an-die-bundesregierung-und-die-nationalratsabgeordneten/>

Diesem wird damit jegliche Entwicklungsmöglichkeit in die Zukunft abgeschnitten.

Die österreichische Medienvielfalt ist dadurch existenziell bedroht!

Wir fordern Sie im Interesse aller Medien in unserem Land auf, einem drohenden Meinungsmonopol entgegenzuwirken. Überarbeiten Sie das ORF-Gesetz. Sorgen Sie für einen fairen Interessenausgleich. Und gewährleisten Sie dadurch Medien- und Meinungsvielfalt.

Demokratie braucht Meinungsvielfalt, damit die Seiten nicht weiß bleiben. 3. Mai – Internationaler Tag der Pressefreiheit.

		 Markus Mair VÖZ-Präsident	 Gerald Grünberger VÖZ-Geschäftsführer		
 Alexander Mitterschke Der Standard	 Nicole Schwarzzenbrunner Die Furche	 Herwig Langinger Die Presse	 Eva Dichand Heute	 Thomas Spohn Kleine Zeitung	 Gerhard Valeskini Kronen Zeitung
 Thomas Kraflinger Kurier	 Markus Raith Neus Vbg. Tageszeitung	 Michael Ausserer NON / BVZ	 Lorenz Curni OO-Nachrichten	 Wolfgang Eder ÖÖ Volksblatt	 Richard Grasl Profil
	 Maximilian Dusch Salzburger Nachrichten	 Hermann Petz Tiroler Tageszeitung	 Engen A. Buss Vorarlberger Nachrichten	 Martin Fleischhacker Wiener Zeitung	

Von der Tageszeitung Österreich bzw. oe24.at wurde zeitgleich eine unabhängige Petition betreffend „Stoppt die ORF Steuer!“ für einen parteifreien ORF und für Medienvielfalt initiiert,² die innerhalb kürzester Zeit einen Rekordzulauf erfährt:

Das Echo ist überwältigend: Nach nur zwei Tagen knackt die Petition "Stoppt die ORF-Steuer" bereits die 50.000-Unterstützer-Marke! Das heißt: Mehr als 50.000 Österreicherinnen und Österreicher haben die Petition bereits mit vollem Namen und Adresse unterstützt. Der Tenor der ÖSTERREICH- und oe24-Leser, -User und -Seher ist einhellig: "Die unfaire Zwangssteuer muss gestoppt werden!"³

Die Bundesregierung ist nunmehr gefordert, die Anliegen der Bevölkerung ernst zu nehmen. Die Bezieher kleiner Einkommen und in zunehmendem Maße auch der Mittelstand geraten indessen unter immer stärkeren finanziellen Druck. Viele Menschen können sich das Leben nicht mehr leisten und müssen bereits bei Grundbedürfnissen wie Wohnen, Heizen, Essen und Trinken massive Abstriche machen. Statt die Menschen zu entlasten, sollen ab 2024 alle Haushalte Monat für Monat netto 15,30 Euro an den ORF überweisen. Außer in Oberösterreich, Vorarlberg und Niederösterreich kommt noch eine Länderabgabe dazu. Insgesamt fallen durch die ORF-Zwangssteuer Kosten von bis zu rund 20 Euro pro Monat an.

² <https://www.oe24.at/aktion/forderungen/554222902>; <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/darum-starten-wir-die-orf-petition/554335769>

³ <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/orf/schon-50-000-unterstuetzer-fuer-petition-stoppt-die-orf-steuer/554588382>

Damit müssen künftig rund 525.000 zusätzliche Haushalte für den ORF zahlen. Zudem werden auch rund 100.000 Firmen ab 2024 zur Kasse gebeten. Besonders perfide in dem Zusammenhang ist es, dass auch die oben angeführten Medienhäuser zukünftig den ORF als ohnehin schon überdimensionierten Monopolisten derart mitfinanzieren müssen. Der Befund des Verbandes Österreichischer Zeitungen (VÖZ) über die Regierungsvorlage⁴ überrascht vor diesem Hintergrund nicht:

Der Prozess war von Geheimniskrämerei mit spärlichen und selektiven Informationshäppchen gekennzeichnet. Faire und offene Verhandlungen mit den betroffenen Stakeholdern sehen definitiv anders aus.⁵

Eine saftige Erhöhung kommt auch auf 206.000 Haushalte zu, die bisher zwar GIS, aber nur den deutlich geringeren Radiobeitrag zahlten. Für diese Personen verdoppelt sich nun sogar der Beitrag von 6,31 Euro auf mindestens 15,30 Euro im Monat. In Summe nimmt der ORF damit mindestens rund 60 Millionen Euro mehr im Jahr ein. Laut manchen Schätzungen könnten die Jahreseinnahmen des ORF durch die Haushaltsabgabe sogar auf bis zu 800 Millionen Euro steigen – das wären dann sogar mehr als 100 Millionen Euro mehr als derzeit!

Die notwendige Motivation zu Reformen und Objektivität entsteht beim ORF durch die geplante Haushaltsabgabe an keiner Stelle. Wenn jeder Österreicher ohnehin zwangsweise für den ORF bezahlen muss, hat man in den gut dotierten Chefetagen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks keinerlei Grund, für eine faire und vor allem konkurrenzfähige Berichterstattung zu sorgen, die auch der verfassungsmäßig verankerten Unparteilichkeit gerecht wird.

Es braucht daher anstelle eines aufgeblähten Rundfunks einen verschlankten „Grundfunk“, der den grundlegenden Bildungsauftrag wahrnimmt. Gerade weil Millionen Österreicher einer ungewissen Zukunft in Zeiten von Teuerung, Krieg und Inflation entgegenblicken, darf es unter keinen Umständen zu einer weiteren Steuer-Mehrbelastung für die Bürger in Form einer ORF-Haushaltsabgabe kommen.

Nein zur CO2-Strafsteuer

Nach dem Coronavirus hat Schwarz-Grün im Klimawandel den nächsten Gegner gefunden, zu dessen Bekämpfung sie sich berechtigt fühlt, einschneidenden, umfassende und oftmals sowohl den Grundrechten als auch dem Hausverstand zuwiderlaufende Maßnahmen zu ergreifen. Gleichzeitig ist gewährleistet, dass sich die Ergebnisse der Bemühungen des kleinen Österreich in diesem globalen Unterfangen niemals quantifizieren lassen werden – angesichts der Unfähigkeit dieser Regierung in allen Bereichen eine besonders wichtige Voraussetzung.

Nach dem Abflauen der Corona-Hysterie tritt der Kampf gegen den Klimawandel als Leitthema dieser schwarz-grünen Regierung wieder auf unangenehme Weise in den Vordergrund. So sehr, dass Schwarz-Grün nicht einmal davor zurückschreckte, die ohnehin explodierenden Preise für Treibstoff und Heizöl durch die Einführung einer neuen Steuer auf CO2 noch weiter anzuheizen. Gleichzeitig wird durch polizeiliche

⁴ <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/ME/266>

⁵ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230510_OTS0125/voez-fordert-reduktion-des-orf-auf-oeffentlich-rechtlichen-auftrag-und-entpolitisierung-der-gremien

Zurückhaltung eine kleine, aber von mächtigen globalistischen Eliten finanzierte Minderheit toleriert, die mittlerweile beinahe täglich mit Vorsatz ein Verkehrschaos verursacht und dabei bewusst in Kauf nimmt, dass lebenswichtige Rettungseinsätze verhindert werden könnten. Statt in den Markt einzugreifen, um die Menschen zu entlasten, griff man ein, um die Teuerung aus ideologischen Motiven weiter zu befeuern:

Die [...] CO2-Abgabe in Österreich wird – trotz Klimabonus – die Inflation zusätzlich treiben“, ist WIFO-Chef Felbermayr überzeugt: „Ja, sie wird weitergegeben werden und die Preise nochmal in die Höhe treiben.“⁶

Trotz breiter Kritik wurde diese Strafsteuer, blind einem Automatismus folgend, per 1.1.2023 noch weiter erhöht und wird auch in Zukunft immer teurer. So werden sich die Kosten für das Heizen und die Mobilität weiter massiv erhöhen und in Folge viele Menschen vor enorme finanzielle Probleme stellen. Wohnen, Heizen und Autofahren drohen so nahezu unleistbar zu werden.

Statt die Bevölkerung weiter zu belasten und damit die Inflation in die Höhe zu treiben, braucht es eine Sofortentlastung. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

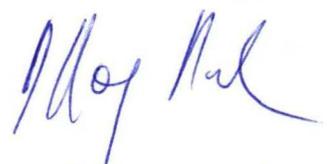
Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, von den Plänen zur Einführung einer ORF-Steuer oder ORF-Haushaltsabgabe Abstand zu nehmen. Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit welcher die CO2-Abgabe durch das Außerkrafttreten des Nationalen Emissionszertifikatehandelsgesetzes 2022 abgeschafft wird.“


(STEGGER)


(SCHWESLICH)


(HERZOG)


(BELAKOWITSCH)


(CHR.)

⁶ APA0155/17.02.2022

